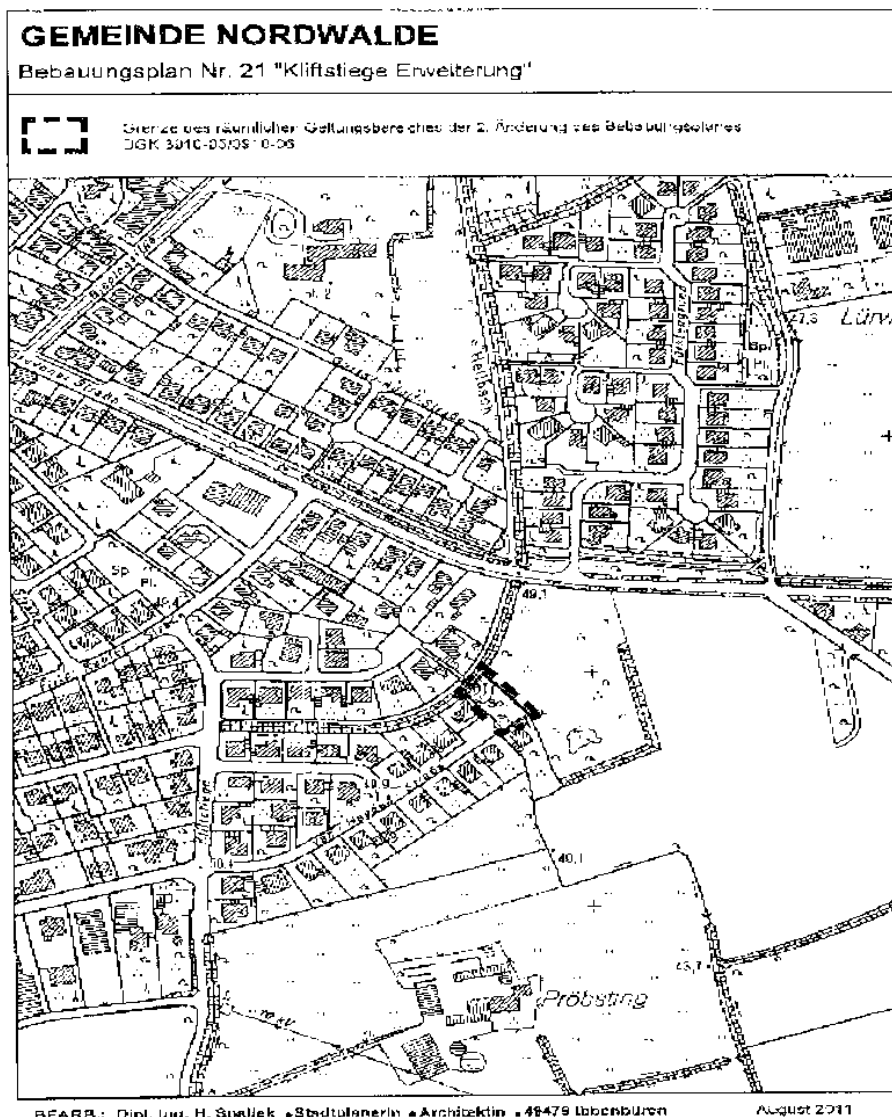


**02**

**Bebauungsplan Nr. 21 „Kliffstiege Erweiterung“ (2. Änderung gem. § 13a BauGB)  
Satzungsbeschluss gem. § 10 des Baugesetzbuches (BauGB)  
hier: Inkrafttreten**

Der Rat der Gemeinde Nordwalde hat in seiner Sitzung am 03. Juli 2012 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 21 „Kliffstiege Erweiterung“ (2. Änderung gem. § 13a BauGB) nebst textlicher Festsetzungen gem. § 9 BauGB und die gestalterischer Festsetzungen gem. § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) wird gem. § 10 BauGB für den Geltungsbereich - dessen Lage und Abgrenzung aus der Darstellung ersichtlich ist - als Satzung beschlossen.
2. Die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 21 „Kliffstiege Erweiterung“ der Gemeinde Nordwalde (§ 13a BauGB) wird beschlossen.



Die Änderung erfolgte im Rahmen des vereinfachten Verfahrens gem. § 13a BauGB i.V. mit § 13 BauGB.

Aufgrund des beschleunigten Verfahrens wurde gem. § 13a BauGB i.V. mit § 13 Abs. 3 BauGB von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen. § 4 c BauGB (Überwachung) ist nicht anzuwenden.

Der Bebauungsplan mit der Begründung kann

**im Rathaus der Gemeinde Nordwalde,  
Bahnhofstraße 2, Zimmer 24,**

während der allgemeinen Dienststunden, und zwar

<b>montags bis freitags</b>	<b>von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr</b>
<b>dienstags</b>	<b>von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr</b>
<b>donnerstags</b>	<b>von 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr</b>

von jedermann eingesehen werden.

Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 21 „Kliftstiege Erweiterung“ (2. Änderung gem. § 13a BauGB) in Kraft.

Auf die Rechtsfolgen der nachstehenden Bestimmungen des Baugesetzbuches und der Gemeindeordnung NRW wird hingewiesen:

1. Baugesetzbuch § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4:

„(3) Der Entschädigungsberechtigte kann Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

(4) Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Absatz 3 Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.“

2. Baugesetzbuch § 215 Abs. 1:

„Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a beachtlich sind.“

### 3. Gemeindeordnung NRW 1994 § 7 Abs. 6 Satz 1

„Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet

oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.“

#### Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 10 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Nordwalde, den 05. Juli 2012

Die Bürgermeisterin  
gez. Schemmann